

Gemeinderat Berno Mogel
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 11.12.2013

Betreff: Abbau von Polizeidienstposten im Rahmen einer Strukturreform
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie aktuellen Zeitungsberichten zu entnehmen ist, haben sich SPÖ und ÖVP im Rahmen der Koalitionsverhandlungen im Bund auf eine Strukturreform im Bereich der Sicherheitspolizei geeinigt. An die 100 Polizeiinspektionen sollen dabei zusammengelegt werden, was auch seitens der Personalvertretung und der Gewerkschaft bestätigt wird.

Im Rahmen der Berichterstattung wird ferner darüber informiert, dass den Polizeiinspektionen der Steiermark rund 200 Beamte fehlen und in etwa 60 bis 70 Planposten überhaupt unbesetzt seien. Auch die Zusicherung seitens des Innenministeriums, dass in der Steiermark pro Jahr drei Ausbildungskurse beginnen sollen, wurde im Jahr 2013 nicht erfüllt. Lediglich zwei Kurse wurden aufgenommen, und für das kommende Jahr wurde bisher sogar nur ein einziger Kurs genehmigt.

Dies alles lässt befürchten, dass die zusätzlichen 300 Polizisten für die Steiermark, welche die frühere Innenministerin Fekter und Landesrat Schützenhöfer vereinbart haben, nicht zugeteilt werden, denn bereits vorangegangene Polizeipostenzusammenlegungen haben zur Einsparung von Planstellen geführt. Allein bis zum Jahr 2009 wurden rund 4.300 Planposten gestrichen – eine negative Entwicklung, deren Folgen wir heute noch deutlich spüren.

Auch die im Vorfeld gerühmte Einführung der elektronischen Dienstdokumentation hat sich im Dienstalltag als untauglich erwiesen und hat letztlich nur zu einem deutlichen Mehraufwand für die Beamten geführt.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass überbeuerte Strukturen verschlankt und Kosten gesenkt werden müssen, allerdings nur solange dies nicht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung geht. Es ist daher darauf Bedacht zu nehmen, dass nicht am falschen Ende

gespart wird. Auch darf dabei nicht vergessen werden, dass mit jeder Postenschließung ein Stück an Kontakt zur Bevölkerung verloren geht.

Es ergeht daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird höflich ersucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach persönlicher Maßgabe bei den Führungspersonlichkeiten der Bundes-ÖVP vorzusprechen, um im Rahmen der aktuell stattfindenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ auf die prekäre Situation der Grazer Polizei hinzuweisen. Ziel dieser persönlichen Intervention soll es sein, eine weitere Dezimierung des Personals der Polizei in Graz zu verhindern und im Optimalfall eine deutlich spürbare Aufstockung des Personalstandes zu erwirken.